

## Recherche Netznutzung

### Land: Polen

<b>Interne Daten</b>	Datum der Erstellung/der letzten Änderung	Verfasser	<b>Status:</b> 1. Entwurf in progress (mit Angabe in %, wieweit ungefähr fertig, damit wir die weiteren Kontrollschritte planen können) 2. Fertiger Entwurf für Kontrolle eclareon (= geht an Stephan zur Kontrolle) 3. Fertiger Entwurf für Kontrolle G&vO (=von Stephan kontrolliert) 4. <b>Freigegeben für die Datenbank (=final)</b>
----------------------	---	-----------	--

### 1. Netzzugang im Überblick

<b>Rechtsvorschriften</b>	Die Nutzung der Netze durch Strom aus Erneuerbaren Energien, ist im Energiegesetz geregelt. Es gelten teils Spezialregelungen für Erneuerbare Energien. Teils gelten die Regelungen des allgemeinen Energierechts.
<b>Netzanschluss</b>	Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Anschluss einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien an das Netz. Zum Abschluss dieses Vertrages ist der Netzbetreiber nach diskriminierungsfreien Kriterien verpflichtet (Art. 7 Energiegesetz).
<b>Netznutzung</b>	Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Netznutzung. Bei Abschluss dieses Vertrages ist der Netzbetreiber zu diskriminierungsfreiem Vorgehen verpflichtet (Art. 5 Energiegesetz).
<b>Netzausbau</b>	Es kann ein vertraglicher Anspruch auf Netzausbau bestehen, wenn dies erforderlich ist, um die Netznutzung im Rahmen der vereinbarten Kapazitäten sicher zu stellen (Art. 5 Energiegesetz). Bei Kapazitätsengpässen kann der Netzbetreiber durch Netzausbau Vertragsstrafen abwenden.

## 2. Rechtsquellen Basisinformationen

<b>Titel der Rechtsquelle</b>	Energiegesetz (Prawo energetyczne)
<b>Kurzbezeichnung</b>	Energiegesetz
<b>Handlungsform</b>	Parlamentsgesetz
<b>Gliederungs-system</b>	Artikel
<b>Erstmaliges Inkrafttreten</b>	10.04.1997
<b>Letzte Änderung</b>	01.07.2007
<b>Künftige Änderungen</b>	Am 31.12.2010 tritt eine Änderung von Art.7 des Gesetzes in Kraft. Demnach ist die Netzanschluss-Gebühr für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien über 5 MW Leistung um die Hälfte zu reduzieren.
<b>Zweck</b>	Regelung des Energiemarktes und der staatlichen Energiepolitik, siehe Art.1
<b>Bezug zu Erneuerbaren Energien</b>	Allgemeine Regelungen gelten auch für den Bereich der Erneuerbaren Energien. Eine Sonderregelung besteht für die Finanzierung des Netzanschlusses.
<b>Rechtsquellen im Volltext</b>	<a href="http://www.mg.gov.pl/NR/rdonlyres/FEF39A92-841A-4D24-AE9D-D6E0A2469100/13609/PE_6092005_Energy_Law_Act.doc">http://www.mg.gov.pl/NR/rdonlyres/FEF39A92-841A-4D24-AE9D-D6E0A2469100/13609/PE_6092005_Energy_Law_Act.doc</a>

### 3. Weiterführende Kontakte

Institution	Link zur Institution (Startseite)	Name der Kontaktperson (optionales Feld)	Telefonnummer (Zentrale)	eMail (optional, wenn Kontaktperson eingetragen)
Regulierungsbehörde	<a href="http://www.ure.gov.pl/portal/en">http://www.ure.gov.pl/portal/en</a>	Kein Eintrag	+48 (22) 661 61 07	Kein Eintrag

#### 4. Netzanschluss

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	Energiegesetz	
<b>Anspruchsgrundlage</b>	(x) vertragliche Grundlage ( ) gesetzliche Grundlage  Es besteht ein vertraglicher Anspruch gegen den Netzbetreiber auf Anschluss an das Netz. Zum Abschluss des Vertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet (Art. 7 Energiegesetz).	
<b>Adressaten des Anspruchs auf Netzanschluss</b>	<b>Anspruchsberechtigter</b>	Anspruchsberechtigt ist, wer die technischen Bedingungen für den Netzanschluss erfüllt. Die Bedingungen sind in Art. 7a Energiegesetz gesetzlich geregelt.
	<b>Anspruchsverpflichteter</b>	Anspruchsverpflichtete ist der jeweils örtlich zuständige Netzbetreiber. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus der Betreiberlizenz (Art. 37 Energiegesetz).
<b>Ausgestaltung des Anspruchs auf Netzanschluss</b>	<b>Entstehung des Anspruchs</b>	Der Anspruch entsteht mit Abschluss des Netzanschlussvertrages. Der Netzbetreiber ist zum Abschluss dieses Vertrages verpflichtet (Art. 7 Energiegesetz).
	<b>Vorrangprinzip und Diskriminierungsfreiheit</b>	( ) Vorrang für Erneuerbare Energien (x) Diskriminierungsfreiheit für alle Energieträger  Der Netzbetreiber ist verpflichtet, den Netzanschluss nach diskriminierungsfreien Kriterien zu gewähren (Art. 7 Energiegesetz). Der Anschluss kann verweigert werden, wenn die technischen Standards des Netzes nicht erreicht werden. Ein Vorrang für Erneuerbare Energien besteht nicht.
	<b>Fristen</b>	Die Festsetzung des Anschlussdatums ist gesetzlich vorgeschriebener Inhalt des Netznutzungsvertrages zwischen Netz- und Anlagenbetreiber. Verzögerungen sind mit Vertragsstrafe zu bewähren (Art. 7 Energiegesetz).
<b>Kosten</b>	<b>Kostenträger</b>	Verbraucher ( ) Netzbetreiber ( ) Staat ( ) Anlagenbetreiber ( x)
	<b>Verteilmechanismus</b>	Die Kosten des Netzanschlusses trägt der Anlagenbetreiber durch Zahlung einer pauschalen Netzanschlussgebühr. Die Netzanschlussgebühr für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien mit einer Leistung von unter 5 MW beträgt die Hälfte der üblichen Gebühr (Art. 7 (8) Energiegesetz). Ab 31.12.2010 soll dies auch für leistungsstärkere Anlagen größer 5 MW Leistung gelten.

## 5. Netznutzung

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	Energiegesetz	
<b>Anspruchsgrundlage</b>	( x ) vertragliche Grundlage ( ) gesetzliche Grundlage  Es besteht ein vertraglicher Anspruch des Anlagenbetreibers gegen den Netzbetreiber auf Nutzung des Netzes. Zum Abschluss des Vertrages ist der Netzbetreiber verpflichtet. Einzelne Vertragsinhalte sind gesetzlich vorgeschrieben (Art. 4 (2) und Art. 5 Energiegesetz).	
<b>Adressaten des Anspruchs auf Netznutzung</b>	<b>Anspruchsberechtigter</b>	Anspruchsberechtigt sind Anlagenbetreiber, die mit dem Netzbetreiber einen Netzanschlussvertrag geschlossen haben. Zum Abschluss des Netznutzungsvertrages sind Netzbetreiber gemäß Art. 7 Energiegesetz nach diskriminierungsfreien Kriterien verpflichtet.
	<b>Anspruchsverpflichteter</b>	Anspruchsverpflichtet sind Netzbetreiber, die mit dem Anlagenbetreiber einen Netzanschlussvertrag geschlossen haben. Zum Abschluss des Netznutzungsvertrages sind Netzbetreiber gemäß Art. 7 Energiegesetz nach diskriminierungsfreien Kriterien verpflichtet.
<b>Ausgestaltung des Anspruchs auf Netzzugang</b>	<b>Entstehung des Anspruchs</b>	Der Anspruch entsteht im Zeitpunkt des Abschlusses des Netznutzungsvertrages zwischen Netzbetreiber und Anlagenbetreiber.
	<b>Vorrangprinzip oder Diskriminierungsfreiheit</b>	( ) Vorrang für Erneuerbare Energien (x) Diskriminierungsfreiheit für alle Energieträger  Die Netzbetreiber sind verpflichtet, Netznutzungsverträge mit allen Anlagenbetreibern nach diskriminierungsfreien Kriterien abzuschließen (Art. 4 (2) Energiegesetz). Ein Vorrang für Erneuerbare Energien besteht nicht. Kapazitätsbeschränkungen können innerhalb des Netzzugangsvertrags vereinbart werden (Art. 5 Energiegesetz).
	<b>Fristen</b>	Es obliegt dem Netzbetreiber, die vertraglich festgelegten Fristen einzuhalten, um Vertragsstrafen zu vermeiden. Regelungen über die Verwirkung von Vertragsstrafen gehören zu den gesetzlich vorgeschriebenen Inhalten sowohl des Netzanschluss- als auch des Netznutzungsvertrages zwischen Netz- und Anlagenbetreiber (Art. 5 und 7 Energiegesetz).
<b>Kosten</b>	<b>Kostenträger</b>	Verbraucher (x) Netzbetreiber ( ) Staat ( ) Anlagenbetreiber ( x)
	<b>Verteilmechanismus</b>	Die Kosten der Netznutzung trägt der Verbraucher über den Strompreis. Die von Anlagenbetreibern oder Stromversorgern zu entrichtenden Netznutzungsentgelte können bei der Kalkulation der Stromtarife berücksichtigt werden.

## 6. Netzausbau

<b>Kurzbezeichnung der Rechtsquelle</b>	Energiegesetz	
<b>Anspruchsgrundlage</b>	(x) vertragliche Grundlage ( ) gesetzliche Grundlage  Eine konkrete Pflicht zum Netzausbau besteht nicht. Es kann aber ein vertraglicher Anspruch auf Netzausbau bestehen. Der Anspruch besteht, wenn dies zur Gewährleistung der vertraglich zugesagten Übertragungskapazität durch den Netzbetreiber erforderlich ist (Art. 5 Energiegesetz).	
<b>Adressaten des Anspruchs auf Netzausbau</b>	<b>Anspruchsberechtigter</b>	Der Anspruch kann von jedermann geltend gemacht werden, der die technischen Bedingungen für den Netzanschluss erfüllt (Art. 7 a Energiegesetz), den Netzanschluss beantragt hat oder bereits an das Netz angeschlossen wurde (Art. 7 Energiegesetz).
	<b>Anspruchsverpflichteter</b>	Zum Netzausbau verpflichtet sind die Netzbetreiber, die Vertragspartner des Netzzugangsvertrags sind.
<b>Ausgestaltung des Anspruchs auf Netzausbau</b>	<b>Entstehung des Anspruchs</b>	Der Anspruch auf Netzausbau entsteht, sobald die technischen Bedingungen für den Netzanschluss erfüllt sind (Art. 7 a Energiegesetz), und zwischen Anlagen- und Netzbetreiber ein Netznutzungsvertrag geschlossen bzw. dessen Abschluss vom Anlagenbetreiber beantragt wurde.
	<b>Umfang und Grenzen</b>	Der Anspruch des Anlagenbetreibers ist begrenzt durch die wirtschaftliche Zumutbarkeit des Netzausbaus (Art. 7 (1) Energiegesetz). Ob der Netzausbau wirtschaftlich zumutbar ist, erfordert eine einzelfallbezogene Abwägung der Interessen des Anlagenbetreibers und des Netzbetreibers.
	<b>Fristen</b>	Es obliegt dem Netzbetreiber, die vertraglich festgelegten Fristen einzuhalten, um Vertragsstrafen zu vermeiden. Die Regelung von Vertragsstrafen ist gesetzlich vorgeschriebener Inhalt des Netznutzungsvertrages zwischen Netz- und Anlagenbetreiber (Art. 5 Energiegesetz).
<b>Kosten des Netzausbaus</b>	<b>Kostenträger</b>	Anlagenbetreiber (x) Netzbetreiber (x) Staat ( ) Verbraucher (x)
	<b>Verteilmechanismus</b>	Die Verteilung der Kosten des Netzausbaus richtet sich nach den vertraglichen Vereinbarungen. Die Regelung der Kosten des Netzausbaus gehört zu den gesetzlichen vorgeschriebenen Vertragsinhalten (Art. 7 Energiegesetz).

## 7. Kontrollmechanismen

Kurzbezeichnung der Rechtsquelle	Energiegesetz
	Es werden Strafzahlungen fällig, wenn sich der Netzbetreiber ohne Rechtfertigung weigert, einen Netznutzungsvertrag abzuschließen. Strafzahlungen werden ebenfalls fällig, falls höhere Netznutzungsentgelte erhoben werden als mit der Regulierungsbehörde abgestimmt, oder im Falle der Missachtung von Informationsrechten der Behörde (Art. 44 Energiegesetz).